



„Unser Verhältnis zu Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren stark verbessert“, sagt Liechtensteins Regierungschef Hasler.

FOTO: MICHAEL BUHOLZER/REUTERS

„Wir wollen Klarheit schaffen“

Steueroase, das war einmal. Liechtenstein will ein zuverlässiger Partner für Deutschland sein. Regierungschef Adrian Hasler arbeitet an einem Finanzplatz, der transparent und stabil ist

INTERVIEW: WOLFGANG KOYDL

Außenprätige Neo-Renaissance, in skandinavisch schlicht: Das Regierungsgebäude in Vaduz ist voller Kontraste. Kontrastreich wirkt auch Liechtenstein selbst: Einst Hort von Steuersündern, ist das Fürstentum im Wandel begriffen. Personifiziert wird der Reformprozess von Adria Hasler. Der 49-jährige Finanzfachmann und Ex-Polizeichef ist seit März Regierungschef des Kleinstaates.

Herr Hasler, Ihre Regierungserklärungen machen normalerweise international keine Schlagzeilen. Doch Ihr jüngstes Bekenntnis zum automatischen Informationsaustausch hat Wellen geschlagen. Was war der Grund für Ihr Angebot: zähneknirschendes Fügen ins Unvermeidliche?

Adrian Hasler: Wir haben uns schon 2009 mit der Liechtenstein-Erklärung zu Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen bekannt und damit aktiv positioniert. Nun hielten wir die Zeit für gekommen, unsere Strategie zu überprüfen und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

So sehr waren Sie unter Druck?

Die Entwicklungen in Bezug auf die Steuerkooperation haben in diesem Jahr erheblich an Dynamik gewonnen. Wesentlicher Treiber war die Einführung der US-Fatca-Gesetzgebung, die von vielen Ländern umgesetzt wird. Uns war klar, dass wir uns nicht reaktiv verhalten, sondern eine aktive Position einnehmen und Handlungsspielräume nutzen wollen.

Sie wollen den automatischen Informationsaustausch also auch mitgestalten?

Wir haben Signale von den G5-Staaten und von der OECD bekommen, dass eine aktive Mitwirkung Liechtensteins willkommen ist. Deshalb wurden wir eingeladen, an der Weiterentwicklung des automatischen Informationsaustausches mitzuarbeiten und unsere Perspektive einzubringen.

Was möchten Sie durchsetzen, und was möchten Sie verhindern?

Die große Linie ist klar. Der künftige automatische Informationsaustausch wird sich am Fatca-Modell orientieren. Für uns ist entscheidend, dass Themenstellungen, die für Liechtenstein besonders wichtig sind, berücksichtigt werden.

Welche sind das?

Für uns ist wichtig, dass Stiftungen und andere Instrumente für Vermögensstruktu-

rierungen anerkannt und adäquat im neuen Regime reflektiert werden. Wir wollen keine Ausnahmen, sondern klare Wege vereinbaren, die für alle verbindlich sind. Ein einheitlicher Standard ist aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit und natürlich auch wegen des Aufwands für alle Länder wichtig. Für diesen noch nicht abschließend ausformulierten Standard gibt es einige Aspekte, wo wir unser Know-how einbringen können. Hier wollen wir Klarheit schaffen, wann und unter welchen Voraussetzungen Informationen automatisch ausgetauscht werden und wann nicht.

Liechtensteins Weißgeld-Strategie hatte harte Konsequenzen. Die Steuererhöhungen sind gesunken, der Staat hat Schulden. Bedauern Sie im Nachhinein, dass dieser Weg eingeschlagen wurde?

Es war damals wie heute der einzige richtige Weg. Mit der Regierungserklärung haben wir auch jetzt wieder eine klare Botschaft ausgesandt. Für die Zukunft von Liechtenstein ist es absolut elementar, dass wir eine aktive und sichtbare Rolle spielen.

Befürchten Sie nicht, Marktanteile an andere Finanzplätze zu verlieren, die weiterhin im Trüben fischen?

Nein, auch wenn wir davon ausgehen müssen, dass noch immer gewisse Gelder aus Liechtenstein abfließen werden. Das betrifft aber die Vergangenheit. Aber wir wollen uns mit qualifizierten, maßgeschneiderten und standardkonformen Dienstleistungen in allen Bereichen der Vermögensverwaltung und der Vermögensstrukturierung auch in Zukunft gut positionieren. Da sehen wir Chancen für unseren Finanzplatz.

Sie wollen schnell auf Deutschland zugehen, um ein bilaterales Abkommen zu schließen. Wie schnell soll und kann das gehen?

Wir führen informelle Sondierungsgespräche, aber wir müssen abwarten, bis die neue Regierung steht. Wir wollen mit Deutschland einen Schritt weiterkommen. Die Rückmeldungen, die wir erhalten, zeigen, dass man auch in Berlin zu Gesprächen bereit ist.

Die alten Zeiten sind vorbei, haben Sie gesagt. Reichen die neuen Finanzdienstleistungen aus, um wieder auf das alte Niveau der Steuereinnahmen zu kommen, oder muss sich Liechtenstein andere Geschäftsfelder erschließen?

Der Höchststand der betreuten privaten Kundenvermögen war 2007, seit 2008 sind sie in etwa auf dem heutigen Niveau. Das hatte zwar vor allem mit den Turbulenzen an den Finanzmärkten zu tun, aber natürlich ist seitdem auch Geld abgeflossen. Zugleich konnten die liechtensteinischen Finanzdienstleister neue Gelder akquirieren. Der Abfluss ist im Sinne unserer Strategie erklärbar, künftig nur steuerkonforme Gelder betreuen zu wollen. Die Zuflüsse wiederum zeigen, dass Liechtenstein als Standort im Zentrum Europas auch im neuen Umfeld äußerst attraktiv ist. Wir wollen Kunden, die hierher kommen, Rechtssicherheit, Planbarkeit und Stabilität bieten - auch wenn die Rahmenbedingungen vielleicht ein bisschen schwieriger werden. Gleichzeitig ist für mich unbestritten, dass sich der Finanzplatz Liechtenstein Gedanken über neue Produkte und Dienstleistungen machen muss. Das passiert auch.

Wie wollen Sie das Altlasten-Problem lösen?

Das Thema ist eng verknüpft mit dem Angebot, das wir gemacht haben. Wir sehen Chancen, Vereinbarungen zu treffen, dass noch unversteuerte Vermögen auf geordnetem Weg reguliert werden können.

Wie könnte das denn ganz konkret aussehen?

Die Liechtenstein Disclosure Facility, die wir mit den Briten abgeschlossen haben, hat für uns Modellcharakter, weil sie schlussendlich in die Offenlegung führt. Der Kunde hat die Möglichkeit, seine weltweiten Vermögenswerte über Liechtenstein offen zu legen und so steuerkonform zu werden. Tut er das nicht, wird er gezwungen, den liechtensteinischen Finanzplatz zu verlassen.

Wäre das ein Modell für ein Abkommen mit Deutschland?

Wir können uns vorstellen, dass man eine Regelung findet, mit der zumindest der Prozess der Regularisierung geordnet abläuft. Man kann sich am britischen Vertrag oder an Elementen davon orientieren. Wenn das in einem geordneten Verfahren vor der Einführung des automatischen Informationsaustausches passieren kann, haben wir viel erreicht.

Was ist mit der anonymen Abgeltungssteuer?

Die ist für uns kein Thema mehr. Die Offenlegung unversteuerten Vermögen scheint uns der einzig richtige Weg mit Blick auf ei-

nen künftigen automatischen Informationsaustausch zu sein. Wir wollen dabei erreichen, dass auf eine Kriminalisierung verzichtet wird.

In der neuen Bundesregierung könnte nicht mehr Wolfgang Schäuble Finanzminister sein, ein Badener mit Affinität zum alemannischen Liechtenstein. Unter Umständen könnten sie es mit einem ruppigeren Norddeutschen zu tun bekommen. Gruselt Ihnen bei diesem Gedanken?

Überhaupt nicht. Unser Verhältnis zu Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren stark verbessert. Wir haben heute ein gutes, vertrauensvolles Verhältnis. Wir werden mit jedem Finanzminister gute Lösungen finden, weil die im beiderseitigen Interesse liegen. Davon bin ich überzeugt.

Zinslos und wertlos

Schwarzgeld lässt sich immer schwerer verstecken

München – Reichen Leuten aus Deutschland, die Schwarzgeld bei Banken im benachbarten Ausland liegen haben, geht es neuerdings manchmal so ähnlich wie dem berühmten König Midas in der Antike. Der soll sich in seiner Gier und Dummheit gewünscht haben, dass alles zu Gold werde, was er berühre. Als ihm die Götter seine Bitte erfüllten, verwandelten sich natürlich auch Essen und Getränke in Gold, woraufhin Midas zu verhungern und verdursten drohte und darum flehte, alles rückgängig zu machen.

Gier und Dummheit gibt es auch heute noch. Wer einen Teil seines Vermögens nach Österreich, Liechtenstein oder in die Schweiz gebracht hat und weiterhin vor dem Fiskus verstecken will, der kann mit seinen Millionen eigentlich nichts mehr anfangen. Immer mehr Banken in diesen einstigen Steuerparadiesen verlangen von ihren Kunden Nachweise, dass das dort angelegte Kapital versteuert sei. Werden angeforderten Belege nicht geliefert, dann wird das Konto gekündigt. Das Geld wird ausbezahlt, in bar oder per Scheck. Und ist anschließend erst mal wertlos.

Steuerexperten berichten von Fällen, in denen neuerdings Schecks oder Bargeld irgendwo im Tresor lagen. Andere Institute in diesen drei Ländern würden keine größeren Summen mehr annehmen, ohne die Behörden zu informieren. Und ausgegeben könne man das viele Geld auch nicht, ohne verdächtig zu werden. Ein Hauskauf mit Barem? Würde sofort auffallen. Die vielen Scheine heimlich über die Grenze zurück nach Hause bringen? Geht auch nicht. Das Risiko, zufällig in eine Kontrolle zu kommen, ist einfach zu groß. Der deutsche Zoll erwischt immer mehr Geldschmuggler, selbst wenn die Scheine in der Unterhose verborgen sind. Dem Fiskus wollen solche Leute einfach nichts gönnen. Statt Selbstanzeige zu erstatten, die Steuerschuld zu begleichen, das Vermögen zu legalisieren und wenigstens den verbleibenden Teil verwenden zu können, werden die Millionen dann eben im Tresor aufbewahrt. Zinslos, nutzlos, sinnlos.

Viele Steuerhinterzieher aus Deutschland, die insbesondere bei Schweizer Banken als Kunden nicht mehr erwünscht sind, machen allerdings reinen Tisch beim Fiskus. Oft handelt es sich um Mittelständler, die aus Angst vor einer Firmenpleite Notgroschen haben wollten; um die Erben von Auslandsvermögen, oder Geliebte, die versorgt werden sollten. Um Leute, die nicht unbedingt kriminell veranlagt sind, die aber jetzt entscheiden müssen, ob sie steuererhlich werden. Die Alternative wä-

re, nach anderen Verstecken Ausschau zu halten. Weiter weg, im Mittelmeer beispielsweise. Oder ganz weit weg, in Panama etwa. Doch dorthin wollen viele derjenigen, die Geld in den Nachbarländern versteckt haben, ihr Vermögen nicht bringen, berichten Steueranwälte.

Schweiz, Liechtenstein, Österreich, das ja. Aber nicht Zypern oder Panama. Und erst recht nicht China, von wo aus manche Banken inzwischen offenbar gezielt um Schwarzgeld auch aus der Bundesrepublik werben. Die Zeiten, in denen deutsche Steuerhinterzieher in den Nachbarländern sicher waren, sind offenbar endgültig vorbei. Auch wenn Österreich und Luxemburg den automatischen Austausch von Bank- und Steuerdaten in der Europäischen Union (EU) noch blockieren. Noch! Die Regierungen der beiden Staaten verlangen, dass auch Nicht-EU-Länder wie die Schweiz und Liechtenstein einbezogen werden, und weitere Steuerparadiese wie Andorra, Monaco und San Marino. Man sei aber nicht grundsätzlich gegen schärfere Regeln, beteuern Österreich und Luxemburg. Es sei klar, dass „die Ära des Bankgeheimnisses zu Ende ist“, glaubt EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta.

Irgendwann lohnt sich das Geschäft mit der Steuerhinterziehung nicht mehr

Zu groß ist in den vergangenen Monaten und Jahren der Druck auf jene Banken und Ländern geworden, die von Steuerhinterziehern profitieren. Insbesondere US-Behörden und die deutsche Justiz haben gegen Geldinstitute wie UBS oder Credit Suisse ermittelt, die ihren Kunden geholfen haben, den Fiskus zu umgehen. Die Untersuchungen haben international Schlagzeilen gemacht, das Ansehen der betroffenen Banken hat kräftig gelitten. Hinzu kamen und kommen Geldbußen. Nun lenken immer mehr Banken ein und propagieren eine „Weißgeldstrategie“. Der Druck auch aus Deutschland dürfte in den nächsten Jahren sogar eher noch zunehmen. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sind härtere Sanktionen gegen Finanzinstitute erwähnt, die immer noch den Fiskus hintergehen.

Die Bankenaufsicht soll in solchen Fällen bundesdeutsche Zweigstellen der betreffenden Geldhäuser schließen können. Das wäre ein schwerer Schlag. Irgendwann lohnt sich das Geschäft mit der Steuerhinterziehung einfach nicht mehr. Nicht einmal in Liechtenstein. KLAUS OTT

BESONDERE GESCHENKE VERDIENEN DAS BESTE NETZ



Machen Sie sich oder anderen eine Freude – das iPhone 5c (16 GB) jetzt im besten Netz erleben.

Zum dritten Mal in Folge Testsieger!



Jetzt in Ihrem Telekom Shop, unter www.telekom.de oder freecall 0800 33 03000 und im teilnehmenden Fachhandel.



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

TM und © 2013 Apple Inc. Alle Rechte vorbehalten. Alle Preise inklusive Umsatzsteuer.
1) Complete Comfort L. Monatlicher Grundpreis 69,95 € (inkl. Handy) bzw. 55,96 € (ohne Handy) – bei Abschluss eines Neuvertrages mit Handy beträgt der monatliche Grundpreis für die ersten 6 Monate 59,95 €, danach 69,95 €. Bereitstellungspreis 29,95 €. Mindestlaufzeit 24 Monate. Die HotSpot Flat gilt nur für die Nutzung an HotSpots der Telekom Deutschland GmbH. Ab einem Datenvolumen von 1 GB wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 KBit/s (Download) und 16 KBit/s (Upload) beschränkt. Zudem beinhaltet der Tarif in der Daten-Roaming-Option Travel & Surf 4 kostenfreie Nutzungen des WeekPass 50 MB innerhalb von 24 Monaten in der Ländergruppe 1. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

Mehr Geld in der Tasche

Die Reallohne im Deutschland steigen – eine Ausnahme in der EU

Berlin – Deutschland ist eines der wenigen Länder in der EU, in der sich die Kaufkraft der Arbeitnehmer in diesem Jahr deutlich erhöht. Dies geht aus dem Tarifbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) hervor, das der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gehört. Danach dürften in zwölf von 28 Staaten der Europäischen Union die Löhne nach Abzug der Inflation 2013 schrumpfen. 2012 gab es dem WSI zufolge sogar in 20 EU-Ländern Reallohnverluste.

Sinkende Arbeitseinkommen nach Abzug der Teuerungsrate galten lange Zeit als deutsches Phänomen. Zwischen 2001 und 2009 war die Bundesrepublik der einzige EU-Staat, dessen Reallohniveau sank – um insgesamt 6,2 Prozent. Nun holt Deutschland auf: Seit 2010 können sich die Beschäftigten im Durchschnitt auch inflationsbereinigt über Lohnzuwächse freuen. Nach Angaben des WSI-Tarifexperten Thorsten Schulten konnte in den vergangenen drei Jahren mit einer Reallohnsteigerung von 2,8 Prozent zumindest knapp die Hälfte dieser Einbußen ausgeglichen werden. 2013 Jahr rechnet die EU-Kommission mit einem weiteren Plus bei den deutschen Reallohnen von 0,6 Prozent.

Viele andere Länder Europas befinden sich dagegen in einer Abwärtsspirale: Im EU-Durchschnitt verringerten sich 2012 die Löhne preisbereinigt um 0,7 Prozent. 2013 sieht es etwas besser aus. Das WSI erwartet hier im europäischen Mittel ein winziges Plus von 0,2 Prozent. Weiter deutlich geht es allerdings in einigen Ländern Süd-



Das Geld sitzt wieder lockerer, auch für Weihnachtsgeschenke. FOTO: DPA

europas nach unten. So wird für Griechenland in diesem Jahr ein Rückgang des Reallohniveaus um 6,2 Prozent prognostiziert. Zyperns preisbereinigte Löhne dürften sogar um 8,5 Prozent sinken.

Die WSI-Tarifexperten führen dies auf starke staatliche Eingriffe in die Lohnpolitik wie Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor und Einschnitte beim Mindestlohn zurück. Besonders in Griechenland, Portugal und Irland sei es unter dem Einfluss der Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds) zu einer weitreichenden Zerstörung von Flächentarifstrukturen gekommen.

Ob dies auch positive Folgen haben kann, ist umstritten. Die Troika hofft, dass Reallohnverluste nach dem Vorbild Deutschlands den Krisenstaaten den Weg aus ihrer Misere öffnen. WSI-Forscher Schulten glaubt nicht an den Erfolg dieser Strategie. Er erinnert daran, dass die EU-Kommission ihre „stets zu optimistischen Prognosen“ zuletzt immer wieder zurücknehmen musste. „Dies deutet darauf hin, dass die derzeit vorherrschende Krisenpolitik in Europa die ökonomische Lage keineswegs verbessert, sondern im Gegenteil verschärft hat.“ THOMAS ÖCHSNER